



SEPTEMBER
2023

IGBCE-POSITION ZU PFAS UND DEM EU-BESCHRÄNKUNGS- VORSCHLAG

Die IGBCE unterstützt die Ziele des Green Deals und die darin angestrebten Ziele zum Umwelt- und Klimaschutz. Dazu gehören die sinnvolle Überarbeitung und Anpassung bestehender Regulierungen und Stoffbewertungen im Zuge von REACH, sodass auch der Arbeits- und Gesundheitsschutz gestärkt und weiterentwickelt werden kann.

Diese Anpassungen müssen aber zugleich garantieren, dass gute und fair bezahlte Arbeitsplätze in der Industrie erhalten und neu geschaffen werden. Denn die Maßnahmen werden in ganz erheblichem Umfang Auswirkungen auf ganze Geschäftsbereiche, auf unsere Form des Wirtschaftens und damit auch auf die Beschäftigung in unseren Branchen haben und die Innovationsfähigkeit in der Hochtechnologie einschränken.

Der aktuell vorliegende Beschränkungsvorschlag der ECHA zu PFAS-Substanzen umfasst ca. 10.000 Stoffe. Diese werden in den unterschiedlichsten Bereichen eingesetzt und weisen sehr verschiedene Eigenschaften auf. Der Beschränkungsvorschlag wird diesem breitem Produktspektrum nicht gerecht. So werden Fluorpolymere von der OECD als „polymere of low concern“ bewertet, da sie die Umwelt und die Gesundheit von Menschen in nur sehr untergeordnetem Maße beeinflusst.

DESWEGEN BEDARF ES EINER ZWINGENDEN DIFFERENZIERUNG BEI DER BEWERTUNG UND REGULIERUNG UND DIE PFAS-GRUPPE DARF KEINESFALLS ALS EINE EINHEITLICHE HOMOGENE STOFFGRUPPE BETRACHTET WERDEN.

Ein umfassendes Verbot der PFAS-Stoffgruppe, wie es der vorliegende Beschränkungsvorschlag fordert, würde innerhalb Europas für die Produktion, den Vertrieb und die Nutzung von PFAS-Stoffen, bzw. Produkten, die PFAS-Stoffe beinhalten, gelten. Die Gefahr besteht, dass dadurch dringend benötigte Chemikalien nicht mehr auf dem Markt verfügbar sind und innovative Zukunftstechnologien nicht entwickelt werden können. Dies hätte massive Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Europa und stellt das Erreichen der Umwelt- und Klimaschutzziele des EU-Green Deal in Frage. Denn nicht nur die Erreichung der Energiewende wäre gefährdet, sondern auch viele andere notwendige Einsatzmöglichkeiten (u. a. in der Elektrotechnik, Chemie und Medizin) wären betroffen. Um dem entgegen zu wirken, ist eine klare Positionierung der Bundesregierung notwendig.

DIE IGBCE SETZT SICH DAFÜR EIN, DASS BEI DER BEWERTUNG DER PFAS-STOFFE DIE EINSATZBEREICHE BERÜCKSICHTIGT WERDEN.

Angepasste Ausnahmeregelungen müssen für gesellschaftsrelevante und notwendige Anwendungen gelten und bedürfen eines längerfristigen Prozesses bei der Suche nach Ersatzstoffen mit vergleichbaren Fähigkeiten, als es z. B. im Konsumbereich und bei nicht-professionellen Anwendungen der Fall ist.

Generell ist es erforderlich, die Forschung im Bereich neuer Materialien und Stoffe deutlich zu intensivieren. Dies benötigt ausreichend Zeit, weswegen die Fristen für den Übergang in bestimmten Anwendungsbereichen verlängert werden müssen. Die im Beschränkungsvorschlag genannten Fristen belaufen sich auf 18 Monate bis 13,5 Jahre.

Ein umfassendes Verbot der PFAS hätte **MASSIVE AUSWIRKUNGEN** auf den Industriestandort Deutschland.

Davon betroffen wären die Transformationsfähigkeit, die Erreichung der Umwelt- und Klimaschutzziele sowie eine Vielzahl von Arbeitsplätzen.

Von vielen Wissenschaftler*innen und Forschungsinstituten werden diese als zu kurz angesehen, um angemessene Substitute mit denselben Eigenschaften zu entwickeln und im wirtschaftlichen Maßstab herzustellen.

Dies kann in vielen Fällen zur Folge haben, dass aufgrund der kurzen Zeitschiene sowie der langwierigen und aufwendigen Ausnahmeverfahren keine Investitionen in Deutschland und Europa in diesen Bereichen getätigt werden, bzw. auch nicht in den Bereichen, die aktuell auf PFAS-Stoffe angewiesen sind.

ALS IGBCE SETZEN WIR UNS FÜR EINE DIFFERENZIERTE VORGEHENSWEISE BEI DER REGULIERUNG DER SUBSTANZEN UND DER BERÜCKSICHTIGUNG DER VIELFALT DER VERWENDUNGEN EIN.

Dafür bedarf es auch der Erstellung einer vollständigen Liste von den ca. 10.000 betroffenen Stoffen und Einzelfallprüfungen, sodass geklärt wird, ob die fraglichen Stoffe die im Beschränkungsverschlagn aufgeführten Kriterien auch erfüllen. Zusätzlich bedarf es klarerer Unterscheidungen zwischen dem professionellen und dem nicht-professionellen Einsatz.

WIR SETZEN UNS FÜR KLARE UND TRANSPARENTE RAHMENBEDINGUNGEN EIN, SODASS UNTER DEN SICHERSTEN UND UMWELTVERTRÄGLICHSTEN BEDINGUNGEN PRODUZIERT WERDEN KANN.

Nur so kann der Bedarf für die gesellschaftlich relevanten Hochtechnologien gedeckt und die Unabhängigkeit und Resilienz vom Standort Europa gestärkt werden. Dazu gehört auch die Erstellung einer Folgenabschätzung, in der die EU-Klimaziele, der Eintrag in die Umwelt und die Energiewende sowie die Abhängigkeit von anderen Weltregionen, Wertschöpfung, Arbeitsplatz- und Standortsicherheit berücksichtigt werden.

Neben der nachhaltigen und sauberen Produktion von PFAS und PFAS-haltigen Produkten müssen Maßnahmen getroffen werden, um den Eintrag von PFAS-Emissionen in die Umwelt und damit in die Nahrungskette massiv zu begrenzen. Dazu bedarf es neben Investitionen in kreislauffähige Produktionsprozesse, in die Wasseraufbereitung und in nachhaltigere Recyclingverfahren auch erweiterter Verfahren zum Monitoring bei der Anwendung und zusätzlicher Qualifikationen für die Anwender*innen.

WIR FORDERN STÄRKERE ANSTRENGUNGEN BEI DER FORSCHUNG NACH ALTERNATIVEN, DIE IN ZUKUNFTS- UND GESELLSCHAFTS-RELEVANTEN TECHNOLOGIEN EINGESETZT WERDEN UND PERSPEKTIVISCH PFAS-STOFFE ERSETZEN KÖNNEN.

Die IGBCE ist gegen ein pauschales Verbot der Produktion und Verwendung von PFAS in Europa und für eine Industriepolitik, die die Forschung nach Alternativen, die perspektivisch PFAS-Stoffe ersetzen, stärkt.

So können weiterhin die Entwicklung von Zukunftstechnologien am Standort Deutschland und die Erreichung der Klimaziele in vielen Bereichen ermöglicht sowie die Umwelt und das Klima geschützt werden.

Impressum

IGBCE // Königsworther Platz 6, 30167 Hannover
VB 1, Politik / Transformation
Verantwortlich: Alexander Roeske
E-Mail: vorstandssekretaer.vb1@igbce.de
www.igbce.de